

Die DVP im Januar 2018/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Jan Seybold

Konkurrierende Bürgerbegehren und Bürgerentscheide 3

Durch die am 01.11.2016 in Kraft getretene Reform des NKomVG erfolgte eine Stärkung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als Elementen der direkten Demokratie. In diesem Beitrag soll verdeutlicht werden, dass diese plebiszitären Instrumente, besonders nach der letzten Reform, einer gewissen Kanalisierung bedürfen, damit nicht durch konkurrierende Bürgerbegehren Zustände geschaffen werden, die gerade nicht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Dabei geht er insbesondere auf die Frage ein, wie mit konkurrierenden Bürgerbegehren umgegangen werden kann.

Neben der Rechtslage in Niedersachsen betrachtet der Beitrag auch die Regelungen in einigen anderen Bundesländern.

Edmund Schaaf

Zusammensetzung der Ausschüsse des Gemeinderats und des Kreistags in Rheinland-Pfalz. 9

Bei den Wahlen der Ausschüsse des Gemeinderats und des Kreistages kann es zu Auslegungsschwierigkeiten der Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung Rheinland-Pfalz kommen. Der Gesetzgeber räumt zwar dem Gemeinderat ein weites Organisationsermessen bei der Entscheidung ein, welche Ausschüsse gebildet werden, wie viele Mitglieder sie haben und welche Aufgaben ihnen übertragen werden. Dabei hat der Gemeinderat jedoch verfassungsrechtliche Vorgaben zu beachten, die über den Wortlaut der Gemeindeordnung hinausreichen. Eingegangen wird insbesondere auf das Gebot der Spiegelbildlichkeit und den Mandatsschutz der Ausschussmitglieder.

Tagungsbericht

55. Bundestagung der Studieninstitute in Bremen 14

Ablauf und Inhalte der Tagung werden referiert. Hervorzuheben ist der Kompetenzrahmenplan für Aufstiegslehrgänge, auf dessen wesentliche Inhalte bereits in der Oktober-Ausgabe der DVP eingegangen wurde.

Andreas Urbich

Zwischenruf zum DVP-Interview „Verwaltungsschulen und Studieninstitute legen Rahmenplan für Aufstiegslehrgänge in der öffentlichen Verwaltung vor – Ein Anfang?!“ 18

Mit dem in der DVP 10/2017, S. 404 ff. dargestellten Rahmenplan für Aufstiegslehrgänge befasst sich auch der folgende Beitrag, der einige Aspekte kritisch betrachtet.

Ralf Schmorleiz

Die persönlichen Ernennungsvoraussetzungen für die Berufung in ein Beamtenverhältnis 20

Als Basistext zum Öffentlichen Dienstrecht werden in dieser Darstellung die persönlichen Ernennungsvoraussetzungen für die Berufung in ein Beamtenverhältnis angesprochen und kurz erläutert. Erklärt werden insbesondere die Anforderungen

- Staatsangehörigkeit,
- Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung,
- Mindest- und Höchstalter,

- Gesundheitliche und körperliche Eignung,
- Charakterliche Eignung,
- Befähigung,
- Fachliche Leistung sowie
- Amtsfähigkeit und Amtswürdigkeit.

Carolin Rama

Der Solidaritätszuschlag – eine Übergangslösung ohne Ende? 23

Mit dem Solidaritätszuschlag, der auch in der aktuellen politischen Debatte nach der Bundestagswahl immer noch eine Rolle spielt, befasst sich dieser Beitrag. Angesprochen und erläutert werden u.a. die Themen Verfassungskonformität und Politische Debatte, politische Perspektive und Reformoptionen für die künftige Gestaltung.

Fallbearbeitung

Tonio Klein/Svenja Herkenhoff

„AfD = Antragsablehnung für Dielenbrück?“ 30

Diese Fallbearbeitung basiert auf einer Hausarbeit im Rahmen des Bachelorstudiengangs Allgemeine Verwaltung an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen.

Sie befasst sich mit den Erfolgsaussichten eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz einer Ratsfraktion gegen Äußerungen des Bürgermeisters einer Stadt. In diesem Rahmen ist u.a. von Bedeutung, ob die Aussagen in amtlicher Eigenschaft oder als Privatperson gemacht wurden. Inhaltlich ist u.a. zu prüfen, ob die Aussagen evtl. die Chancengleichheit beeinträchtigen.

Rechtsprechung

- Erfolgloser Eilantrag gegen Strafnorm über „geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung“ (BVerfG, Beschluss vom 21.12.2015 – 2 BvR 2347/15) 39
- Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (OLG Dresden, Beschluss vom 21.07.2014 – 2 OLG 21 Ss 319/14) . . . 41
- (Kein) Anspruch auf Auskunft über die Person eines eingestellten Konkurrenten (BAG, Urteil vom 25.04.2014 – 8 AZR 287/08) 42
- Absetzbarkeit von Spenden an kommunale Wählervereinigungen (BFH, Urteil vom 20.02.2017 – X R 55/14) 43

Die Schriftleitung

Dieser Ausgabe liegt das **DVP-Jahresinhaltsverzeichnis 2017** bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine verlagsinterne Beilage.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Verlag C.H. BECK oHG.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG.
Wir bitten um freundliche Beachtung!